

Neues Denken braucht das Land

Peter Fleissner, Wien¹

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung. Sie erlaubt mir, mich aus dem gesellschaftlichen Ausgedinge eines Pensionärs am Stadtrand an der politischen Diskussion im Zentrum von Wien zu beteiligen. Ich sehe hier im Publikum einen berühmten Unterstützer, Heinz Kienzl, der mich vor ungefähr dreißig Jahren, trotzdem ich andere politische Auffassung als er hatte, als Andersdenkenden am Institut für Höhere Studien belassen hat. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken, sonst wäre ich wahrscheinlich nicht an dieser Stelle.

Die linke Welt in Europa befindet sich in einer Lage, die wirklich die Alarmglocken schrillen lässt. Der Beitrag von Frau Küblböck unterstreicht diese Einschätzung. Der Autor ist der Auffassung, dass die Zeiten so ernst sind, dass man/frau stärker als bisher nicht nur ihr Verständnis von der Welt, die uns umgibt, verändern müssen, sondern dass auch Selbstveränderungsprozesse gefordert sind. Eine der wichtigsten Aufgaben in der Krise ist, eine neue geistige Perspektive zu erarbeiten, damit wir aus der Zwangsjacke kapitalistischer Denkweisen herauskommen, die auch - leider muss es ausgesprochen werden – bis tief in die sozialdemokratischen Köpfe hineinreicht.

In einer solchen Situation ist es oft hilfreich, ein wenig Abstand vom tagespolitischen Geschehen zu gewinnen und langfristiger zu denken, nicht nur von Wahl zu Wahl, sondern in Jahrhunderten. Aus dieser Perspektive betrachtet ist der Kapitalismus ein System, das so wie es gekommen ist auch wieder zu Grunde gehen wird. Die offenen Fragen sind: wie? und wann?

Nach meiner Einschätzung der gegenwärtigen Situation ist der Kapitalismus zwar angezählt, er liegt am Boden, aber er wird wieder aufstehen. Wir sind im Augenblick nicht in einer revolutionären Situation. Aus der internationalen Presse sieht man, wie sich die Finanzkapitalisten wieder neu strukturieren und wie in den Köpfen keine wirklichen Alternativen entwickelt werden. Es gibt nur wenige Ausnahmen: attac - würde ich meinen - hat einige Konzepte, aber es gibt auch andere, von denen später die Rede sein soll.

¹ Prof. Dr. Peter Fleissner hat Nachrichtentechnik, Mathematik und Ökonomie studiert, sich in Sozialkybernetik habilitiert, er ist seit 1990 ordentlicher Professor für Gestaltungs- und Wirkungsforschung an der TU Wien. Ab 1997 war er Leiter eines Think Tanks der Europäischen Kommission, der Abteilung für Technologie, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Gesellschaft am Institut für Technologische Zukunftsforschung (IPTs) in Sevilla, von wo er im Jahr 2000 nach Wien zurückkehrte und an der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) weiterhin für die Europäische Union tätig war. Ab 2004 arbeitete er wieder an der TU Wien, von wo er 2006 in Pension ging.

Nun zur theoretischen Einschätzung der Lage, für die immer Maßstäbe benötigt werden: der von den VeranstalterInnen eingebrachte Begriff „Glück“ als Richtschnur für die Beurteilung einer Gesellschaft ist zwar ganz nett und weit auch in der ökonomischen Debatte verbreitet, greift aber zu kurz. Gemeinsam mit Philosophen im Westen und im Osten Europas sollen zwei zentrale Maßstäbe der Beurteilung eingebracht werden, die umfassender sind.

Der eine Maßstab behandelt den Grad und das Niveau der Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur, ich nenne dies den Effektivierungsgrad der Gesellschaft, das heißt, mit steigender Effektivierung erzeugen Wissenschaft und Technik verbesserte Produktionsmethoden, die Arbeit und materielle Ressourcen sparen. Die Arbeitsproduktivität lässt sich steigern. Vielleicht kann auch das Klima besser kontrolliert werden. Das ist die eine Seite der Medaille, und da haben wir es im Kapitalismus weit gebracht. Schon Marx hat diese Seite des Kapitalismus in der Mitte des vorvergangenen Jahrhunderts bewundert, darüber hat er auch in der Presse in Österreich geschrieben. Er nahm die Werkstätte der Raaberbahn in Wien als Musterbeispiel und Vorbild für sein „automatisches Atelier“, den voll automatisierten Betrieb.

Der zweite Maßstab hängt mit dem Glücksbegriff zusammen, ich möchte ihn den Grad der Humanisierung nennen. Das heißt, wie weit sind Demokratisierung, Menschenrechte, soziale Teilhabe und ein menschenwürdiges Leben in der Gesellschaft Allgemeingut. Ebenso wie der erste Maßstab hat auch der zweite keine obere Schranke. Sowohl Effektivierung als auch Humanisierung lassen sich immer von jedem Niveau aus weiter vorantreiben.

Alle gesellschaftlichen Systeme lassen sich auf diesen beiden Skalen verorten. Plakativ und stark verkürzt könnte man sagen, dass der Kapitalismus „Effektivierung auf Kosten der Humanisierung“ betreibt, der Umweltschutz gehört dazu, und dass der bisherige Sozialismus, der mit dem Ziel der Humanisierung angetreten ist („...erkämpft das Menschenrecht“), die Effektivierung nicht geschafft hat, was sich schließlich in einer antihumanen Tendenz niedergeschlagen hat. Was wir brauchen - und das ist eine Aufgabe für die Zukunft – ist: „Effektivierung zu Gunsten von Humanisierung“.

Vor diesem längerfristig abgesteckten Hintergrund komme ich zu konkreten Vorschlägen für Brennpunkte zukünftiger Denkprozesse: Der erste ist die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage eines Grundeinkommens unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht oder Alter. Ich meine, man sollte diese Frage erforschen und genauer untersuchen.² Der zweite Vorschlag wäre das Herausarbeiten einer qualitativen Neuorientierung für den Wohlfahrtsstaat. Ich persönlich habe dazu eine spezielle Theorie entwickelt, die auch in unserem neuen Buch „Bruchstücke“³ beschrieben wird.

² Ich persönlich habe das versucht, bin aber mit drei Anträgen bei österreichischen Fonds trotz guter internationaler Gutachten abgestürzt.

³ Fleissner, Peter und Natascha Wanek (Hg): *Bruchstücke* (2009). Ergebnisse einer Ringvorlesung an der Universität Wien. trafo-Verlag: Berlin. (<http://www.trafoberlin.de/978-3-89626-837-2.htm>)

Erlauben Sie einen kurzen Exkurs dazu, der gleichzeitig einige Probleme unserer Universitätslandschaft thematisiert, die gleichzeitig Probleme des Wohlfahrtsstaates sind: Die Ringvorlesung, aus der das Buch entstanden ist, haben wir zu Beginn der Finanzkrise begonnen. Lehman Brothers war noch nicht gefallen. Als ersten Vortragenden konnten wir den Ökonomen Stephan Schulmeister gewinnen, einer der wenigen, der schon mit Vehemenz und Klarheit alles vorhergesehen hat, was nachher geschehen ist. Insofern hatten wir Glück. Das Interesse der Studierenden war so groß, dass von den rund 250, die gekommen waren, nur rund 100 in den Hörsaal gepasst haben.

Typischerweise hat die Lehrveranstaltung unbezahlt stattgefunden. Sie wurde durch Unterstützung von StudentInnen an der Fakultät für Politikwissenschaft der Universität Wien in den Lehrplan aufgenommen. So konnten rund 140 Studierende durch aktive Beteiligung an der Vorlesung (schriftliche Arbeiten oder eigene Vorträge) ein Zeugnis erwerben, was nicht bei allen Lehrveranstaltungen der Fall ist, die kostenlos gehalten werden.

Die Studierenden haben mir per e-mail ein ziemlich positives und ermutigendes feedback gegeben. Manche von ihnen haben geschrieben, so eine Lehrveranstaltung hätten sie in ihrem ganzen Studium noch nicht gehabt. Dabei waren die Prinzipien ganz einfach:

- Akzeptanz der Studierenden auf gleicher Augenhöhe mit den erfahreneren ReferentInnen und Lehrkräften,
- kontroverse Themen, nicht frontal vorgetragen, sondern interaktiv und in Kooperation mit den Studierenden,
- und schließlich: Einschluss von Studierenden in die Publikation, ohne Ansehen von Alter und Geschlecht.

Wir haben einfach nach der Qualität der Seminararbeiten die fünf besten ausgesucht und ins Buch aufgenommen.

Das österreichische Bildungswesen ist leider nicht nur an der Universität Wien in einem beklagenswerten Zustand. Nehmen Sie z.B. die Wirtschaftskrise: Die meisten Wirtschafts-ProfessorInnen haben sich gar nicht mit der Krise beschäftigt oder falsche Voraussagen gemacht. Das ist nicht nur in Österreich so. Ich bin oft auf internationalen Konferenzen und sammle derartige Eindrücke: Heuer im Mai, auf einem Seminar über evolutionäre Ökonomie in der Schweiz kam der Begriff Krise gar nicht vor. Die meisten ÖkonomInnen machen ihre Glasperlenspiele weiter wie bisher. Ich denke, da gilt es wirklich schwierige psychologische und inhaltliche Hürden zu nehmen. Die Bildungs- und Forschungspolitik ist gefordert.

Und nun zurück zu allgemeineren Problemen im Wohlfahrtsstaat: Ich habe den Eindruck, dass der Wohlfahrtsstaat sozusagen wegen seines Erfolgs heute Schwierigkeiten hat: Für alle bisherigen Problembereiche des menschlichen Lebens gibt es heute institutionelle Lösungen: für die Krankheit das AKH, für das Wissen die Schule, für die Kinderaufzucht die Kindergärten, für das Alter die Pensionsversicherung. Das, was bei seiner Einführung eine große Entlastung für die Menschen bedeutet hat, birgt heute die Gefahr der Entsolidarisierung. Die Menschen fühlen sich in immer geringerem

Umfang für die anderen verantwortlich. In diesem Lichte sollten wir über eine Neugestaltung des Wohlfahrtssystems nachdenken. Die Hintergrundidee ist dabei nicht die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates, sondern seine qualitative Neugestaltung. Alle meine Vorschläge sollen keine *ex cathedra*-Behauptungen sein, ich weiß, dass man alleine überhaupt nichts erreichen kann. Sie sollen Aufrufe zum Mitdenken sein, allerdings entlang alternativer Linien. Die folgenden Beispiele sollen diese alternativen Möglichkeiten illustrieren:

Studienzirkel: Ich konnte bei der Europäischen Kommission in Sevilla ein Arbeitspapier zum Thema Bildungswesen veröffentlichen⁴, das die Einführung sogenannter Studienzirkel vorschlägt, wie sie schon in Skandinavien über Jahrzehnte üblich sind. Interessanterweise stellen sie eine säkulare Weiterentwicklung der im evangelischen Bereich üblichen Bibelrunden dar. Dort werden diese selbstorganisierten Gruppen von allen öffentlichen Institutionen finanziell (wenn auch nur geringfügig) unterstützt. Mein Vorschlag schließt die umfassende Nutzung des Internet zur Organisation und zum Informationsaustausch in diesen Studienzirkeln mit ein. Kinder, die oft wesentlich geschickter im Umgang mit Computern sind als ihre Lehrer, könnten auf diese Weise sich und anderen EDV-Kenntnisse beibringen, die eventuell im offiziellen Lehrplan noch gar nicht vorgesehen sind. Umgekehrt müsste das Bildungswesen derartige Aktivitäten offiziell anerkennen (es wäre ein offenes Modulsystem denkbar). Damit wären die Kids an Lern- und Lehrprozessen selbst beteiligt und auch dafür verantwortlich.

Arbeitermedizin: Diese Aktivität wurde in Italien in den 1970er Jahren von den Gewerkschaften entwickelt. Dabei handelt es sich um Gruppen von Arbeitern, die von ihrer Gewerkschaft mit Messgeräten ausgerüstet werden, die physischen Umweltbedingungen in ihrem Betrieb selbst festzustellen (Staub, Lärm, Vibrationen), aber auch die psychologische und soziologische Seite untersuchen lernen. Damit wurden sie befähigt, die Analyse und Gestaltung ihrer eigenen Arbeitsbedingungen selbst in die Hand zu nehmen und zu verbessern. In Italien ist das bis Mitte der 1970er Jahre erfolgreich gelaufen, dann hat die Krise 1974/75 die Aktivitäten unmöglich gemacht, da den Arbeitern die Kündigung angedroht wurde. Eine Gewerkschaft in der Schweiz hat das Modell kopiert.

Peer-Group Care: Ein anderer Vorschlag richtet sich an diejenigen, die persönlich über ein großes Freizeitpotential verfügen, an Ältere, an Arbeitslose usw.: Sie kümmern sich in solchen Gruppen regelmäßig um arme, kranke, ausgegrenzte oder an den Rand der Gesellschaft gedrängte Mitmenschen. Ähnliche Vorbilder dafür gibt es im religiösen Bereich. Mit dieser Tätigkeit lernen die Aktivisten gleichzeitig, wie die Gesellschaft, in der sie leben, tatsächlich aussieht, da sie selbst die negativen Seiten zu tragen und zu kompensieren haben. Die Mitglieder dieser Zirkel sollten allerdings auch für ihre Tätigkeit entschädigt werden, z.B. indem sie keinen Sozialversicherungsbeitrag mehr zahlen müssten.

⁴ L. Karlsson (P. Fleissner (ed.)): Study Circles in Targeted Intelligence Networks. Siehe <http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?prs=329>

Intrapreneuring: Viel ist die Rede in den Medien über die Unterwanderung demokratischer Strukturen, sei es die Korruption in den besten Kreisen, sei es die Refeudalisierung der Universitäten, sei es die Arroganz des Managements (wie bei der französischen Post). Ein Feld, das kläglich vernachlässigt wurde, ist die innerbetriebliche Demokratie. Ihr Zustand ist beklagenswert. Sie haben vielleicht vor kurzem in der Zeitung gelesen: zehn Prozent der Österreicher sind in die innere Emigration gegangen, weil sie meinen, dass der Job ihnen nichts mehr bringt. Sie können sich nur noch dadurch retten und über Wasser halten. Die innerbetriebliche Demokratie könnte man zum Beispiel mit der Methode des Intrapreneuring stärken. Der Ausdruck ist eine Anspielung auf das englische Wort *entrepreneuring*, das Unternehmertum bedeutet, aber *intra*, innerhalb des Betriebs. Ich beschreibe, was Intrapreneuring sein soll: Innerhalb eines größeren Betriebes nehmen Menschengruppen ihre Abteilung oder Arbeitsgruppe selbst in die Hand, kaufen vielleicht mit der Zeit als Gruppe die Betriebsmittel, Maschinen, Werkzeuge, Computer, und machen Geschäfte auf eigene Rechnung mit ihrem eigenen, aber auch mit anderen Unternehmen. Dadurch würde die Zahl von Entscheidungsträgern in einer Firma multipliziert, es würde nicht nur mehr von ganz oben gedacht und entschieden werden, und die MitarbeiterInnen könnten nicht mehr unterdrückt werden, sondern würden als Mitentscheidende selbst in demokratische Zusammenhänge hineinwachsen.

Ich möchte noch etwas zum österreichischen Pensionssystem sagen. Ich selber bin ein alter Simulant, was nicht heißt, dass ich mir irgendwelche Pensionszahlungen erschleichen will, sondern dass ich mit mathematischen Simulationsmethoden die Wirklichkeit analysiere. Mit diesen Methoden konstruiere ich Modelle am Computer und kann damit bedingt in die Zukunft schauen. Ich habe im Auftrag der Arbeiterkammer das österreichische Pensionsversicherungssystem in einer Vorstudie untersucht, die zeigte, dass die normalen ASVG-Pensionen für die nächsten 10 bis 20 Jahre durchaus im Rahmen der Gesetze finanzierbar wären (dies war eine Einschätzung vor der Krise), aber es wird andauernd von bestimmten parteipolitischen Gruppierungen Sperrfeuer geschossen, die das vorhandene System kaputt reden, und der Bevölkerung Angst machen. Sie glaubt schon, man hat gar keine Pension mehr und es würde unmöglich sein, das Pensionssystem zu finanzieren, und der Ausweg wäre natürlich ein Pensionssystem auf privater Basis. Was wir jetzt sehen und was leicht vorherzusehen war, ist, dass heute der Staat zu Hilfe gerufen wird, der die wegen der Kursabstürze niedrig gewordenen Privatpensionen stützen soll. Leider finden solche kritische Debatten in der veröffentlichten Meinung, im Fernsehen oder in den größeren Zeitungen kaum einen Platz.

Einen letzten Vorschlag habe ich noch, der sich auf die Finanzkrise bezieht. Dieser Vorschlag geht davon aus, dass in Österreich – unabhängig von den jeweiligen Regierungsparteien – die soziale Ungleichheit längerfristig zugenommen hat und immer noch zunimmt. Anhand der offiziellen Statistiken sehen wir, dass die Lohnquote (der Anteil am Volkseinkommen, der direkt den Lohnabhängigen zukommt) schon über mehr als zwei Jahrzehnte schrumpft, andererseits polarisiert sich die Situation innerhalb der Lohneinkommen: Die am schlechtesten bezahlten zwanzig Prozent (das unterste Quintil) erhält ca. 4 Prozent der gesamten Lohneinkommen, das oberste Quintil jedoch

mehr als 40 Prozent, Tendenz seit Jahrzehnten steigend.⁵ Bei vollständiger Gleichheit sollte natürlich jedes Quintil den gleichen Anteil am Kuchen erhalten, nämlich 20 Prozent. Die Maßnahmen, die gegen die Finanzkrise vorgenommen wurden, tun alle so, als ob diese zunehmende Polarisierung nicht existieren würde: Die Banken werden mit Milliardenbeträgen saniert, das Bildungswesen liegt darnieder. Die Staatsverschuldung in Österreich erreicht bisher nicht registrierte Spitzenwerte.⁶ Wer wird sie abbauen? Wenn es um eine kleine Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung geht, wird sofort blockiert.

Interessant war für mich ein Artikel meines Kollegen Gunther Tichy, der in einem Artikel im Standard⁷ sagte: „Rasche Staatsschuldentilgung ist kontraproduktiv“ und das hat mich angeregt, nach Möglichkeiten zu suchen, wie man aus der Krise schneller herauskommen könnte. Je mehr Geld in die Banken gesteckt und dort zur Eigenkapitalaufstockung verwendet wird, und wenn die Konjunkturprogramme nicht die Wirkung haben, das Realkapital zu erweitern, wird es immer schwieriger werden, die Situation zu bewältigen. Wir werden dann – wie Herbert Berger zuvor richtig gesagt hat – ewig über Sparpakete jammern und darunter leiden, dass Strukturreformen und Sozialmaßnahmen immer mehr unter Druck kommen werden. Mein Vorschlag, den ich hier zur Diskussion stellen möchte, obwohl er noch nicht sehr ausgereift ist, wäre ein Moratorium für die Rückzahlung der Staatsschuld. Diese Maßnahme könnte die vorübergehende oder sogar permanente Einstellung von Zinszahlungen des Staates für den Schuldenberg bedeuten. Damit hätte die öffentliche Hand einen erweiterten Spielraum, anstehende Reformen und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen auszubauen, z.B. ein bedingungsloses Grundeinkommen zu finanzieren. Man müsste sich genauer ansehen, wer die heutigen Gläubiger der Staatsschuld sind, aber ganz einfach gesprochen sind es wahrscheinlich nicht die Kleinrentner, sondern Personen oder Institutionen, die es sich leisten können, ihr Geld herzuliehen. Sozial Schwache werden in den seltensten Fällen darunter sein. Weitere und umfassendere Möglichkeiten bestünden in der Annullierung von Staatsschulden gegenüber Banken, an denen der Staat beteiligt oder sogar Eigentümer ist, oder in der Vergesellschaftung dieser für die Wirtschaft eines Landes so wichtigen Institutionen.

Abschließend noch ein Appell an Sie: Ich bin selbst der Vorsitzende eines ganz kleinen Vereins, der transform!at⁸ heißt. Dort versuchen wir, einen Diskurs über parteipolitische und nationale Grenzen hinweg zu organisieren. Wir haben internationale Querverbindungen zur Europäischen Linkspartei in Brüssel. Ich selbst habe in Shanghai 2006 mit KollegInnen aus China, den USA und Europa die World Association for Political Economics⁹ (WAPE) gegründet, eine weitere Institution für den Diskurs zwischen SozialwissenschaftlerInnen. Die Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin ist unsere große Schwester in Deutschland. Wir meinen, es wäre angesichts der Zunahme der Rechtstendenzen in Europa (nicht nur in Österreich, sondern auch in Osteuropa) Zeit, wenn wir alle an einem Strang ziehen, wie auch immer das organisatorisch aussehen

⁵ http://peter.fleissner.org/Transform/attach_soak_09.pdf

⁶ http://peter.fleissner.org/Transform/Krise_kurz.pdf

⁷ <http://derstandard.at/fs/1250691855956/Kommentar-der-Anderen-Rasche-Staatsschuldentilgung-ist-kontraproduktiv>

⁸ <http://transform.or.at/>

⁹ <http://www.wrpe.org/>

soll, und unter Einbeziehung von gläubigen Menschen. Das Grundeinkommen ist eine gute Diskussionsplattform, da die Katholische Sozialakademie seit mindestens zwanzig Jahren - damals kooperierte ich schon mit ihr - ein Grundeinkommen fordert und auch propagiert. Es gibt also – so glaube ich - Andockfelder für eine Plattform von Vernünftigen, die gegen Ausgrenzung von Fremden ist, die gegen Leute, die Frauen diskriminieren, die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz durchsetzen (es gibt zwar dazu Gesetze der Europäischen Union, aber die Umsetzung ist eine offene und ambivalente Frage). Die Einrichtung solcher offener Diskussionsplattformen wäre ganz wichtig, wo wirklich jeder und jede ihre und seine Meinung sagen kann und wo man ihnen zuhört, wo man sie nicht ausgrenzt. Dies sage ich als ehemaliger Mitläufer einer der sogenannten K-Gruppen der späten 1960er Jahre. Wir haben einander nur gegenseitig beschuldigt und aufgerieben. So etwas darf nicht wieder passieren. Gerade jetzt, wenn wir gemeinsame Ziele haben, wo es um die Menschen geht und um unsere Existenz ohne Diktatur und ohne faschistische Tendenzen in Österreich, wäre eine neue Plattform der Vernünftigen angebracht.